

Ä1 Kapitel Arbeit, Soziales, Prävention und Wohnen

Antragsteller*in: Jürgen Peters

Status: Modifiziert übernommen

Text

Von Zeile 5 bis 7:

In einer inklusiven, solidarischen und gerechten Gesellschaft gehören alle Menschen dazu. Niemand wird an den Rand gedrängt und jeder*~~r~~ kann sich entsprechend seiner und ihrer Fähigkeiten selbstbestimmt entfalten, unabhängig

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

- ermäßigten bzw. kostenlosen Eintritt bei allen sportlichen und kulturellen Angeboten für SGB II und SGB XII – Bezieher*innen.

Von Zeile 44 bis 46:

- einführen, um Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, mit einer kognitiven ~~Behinderung~~ Einschränkung und Migrant*innen den Zugang zu wichtigen Informationen zu ermöglichen.

Von Zeile 55 bis 56:

Für uns GRÜNE ist ~~das wichtigste~~ ein wichtiges Ziel, alten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer rechtzeitigen und umfassenden Beratung

Von Zeile 75 bis 77:

- Sozialraum mit Leben füllen und Infrastrukturdefizite kompensieren. Das ist nicht nur für ~~Alte~~ alte Menschen gut, es ist attraktiv für Familien mit Kindern und gelebte Inklusion.

Von Zeile 118 bis 119:

gesundheitlichen Einschränkungen sind dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffen, weil ~~sie nicht in das Kalkül von Personalabteilungen passen~~ vielen Unternehmen vorrangig Befürchtungen statt Chancen gesehen werden.

In Zeile 129 einfügen:

Wir GRÜNE wollen -- ich meine, wir müssten uns auf das beschränken, was in der Verantwortung der Kreisverwaltung steht:

Von Zeile 131 bis 132 einfügen:

- die Anzahl der befristeten Verträge in der Kreisverwaltung deutlich senken, um den betroffenen Mitarbeiter*innen und arbeitslosen Menschen eine wirkliche Perspektive zu

Von Zeile 152 bis 153 einfügen:

- dass mehr Teilzeit-Ausbildungen in der Kreisverwaltung angeboten werden, da es aufgrund der häufig fehlenden bzw. nicht ausreichenden Kinderbetreuung oft nicht

Von Zeile 172 bis 174:

Kreis hier nicht selbst aktiv tätig werden. Deshalb lehnen wir das Modell einer ~~Kreis-Wohnungsbaugesellschaft~~ Wohnungsbaugesellschaft in der Zuständigkeit des Kreises ebenso ab wie die Zusammenarbeit mit großen privaten, am Profit orientierten Akteur*innen.

In Zeile 183 einfügen:

- ein Recht auf Wohnungstausch ohne neue Verträge.????

Begründung

Ä

Da aber nur die Städte und Gemeinden über Flächen und Bauland verfügen, kann der Kreis hier nicht selbst aktiv tätig werden. Deshalb lehnen wir das Modell einer Kreis-Wohnungsbaugesellschaft ebenso ab wie die Zusammenarbeit mit großen privaten, am Profit orientierten Akteur*innen.

Das klingt wie ein generelles Votum gegen Wohnungsbaugesellschaften. Wir hatten aber vor Kurzem in dem Vortrag des Mieterschutzbundes im KV sehr deutlich dargelegt bekommen, dass Wohnungsbaugesellschaften sehr sinnvoll sind.